

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Renate Künast, Fritz Kuhn, Jürgen Trittin, Rainer Steenblock, Manuel Sarrazin, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen

zum Europäischen Rat am 18. und 19. Juni 2009 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Beim Europäischen Rat in Brüssel am 18. und 19. Juni 2009 wollen die Staats- und Regierungschefs José Manuel Barroso, den bisherigen Präsidenten der Europäischen Kommission, für eine zweite Amtszeit als Kommissionspräsident nominieren. Diese Nominierung wurde bereits vor der Europawahl vom 7. Juni 2009 von verschiedenen Regierungen unterstützt und so den Ergebnissen der Wahl vorgegriffen. Eine Debatte fand nicht statt. Auch die Nominierung selbst soll erfolgen, bevor sich das neu gewählte Europäische Parlament konstituiert hat und mit den Fraktionen gesprochen worden ist.

José Manuel Barroso erfüllt nicht die Anforderungen, die gerade in Zeiten der dreifachen Krise: Wirtschafts- und Finanz-, Klima- sowie Ernährungskrise an das Amt des Kommissionspräsidenten gestellt werden. Zu spät, zu halbherzig und das Europäische Parlament sowie eigene Kommissare ignorierend – so kann die Europäische Kommission nicht erfolgreich geführt werden. Auf die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Kommission unter Führung ihres Präsidenten verspätet und nur unter Druck durch den Ministerrat reagiert. Wiederholt hat José Manuel Barroso Befürchtungen des Europäischen Parlaments über Hedgefonds und Private Equity ignoriert. Die Neuorientierung der Lissabon-Strategie zur wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Neuausrichtung der EU wurde von José Manuel Barroso auf einen kurzfristigen Wachstums- und Arbeitsplatzansatz eingeschränkt; die anderen beiden Säulen der Strategie stark vernachlässigt. José Manuel Barroso gab erstmals die traditionelle Neutralität der EU-Kommission in der Frage der Nutzung der Atomenergie auf und er ignorierte die Mehrheit der Mitgliedstaaten und der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Frage der Zulassung von gentechnisch veränderten Getreidearten in der EU. Dabei hat er bewusst verkürzt und unwahr argumentiert.

Insgesamt zeigt die Bilanz seiner ersten Amtszeit, dass José Manuel Barroso für das Amt des Kommissionspräsidenten nicht geeignet ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, der Nominierung von José Manuel Barroso nicht zuzustimmen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die geringe Wahlbeteiligung bei der vergangenen Europawahl zeigt, dass eine Demokratisierung der europäischen Verfahren dringend notwendig ist. Spitzenpositionen wie die des Präsidenten oder der Präsidentin der Europäischen Kommission dürfen nicht von Regierungen heimlich ausgehandelt, sondern müssen mit einer öffentlichen Debatte und im politischen Wettbewerb entschieden werden. Der Präsident der Europäischen Kommission muss von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt werden. Dann können die Wählerinnen und Wähler durch ihre Stimme europäische Politik auch sanktionieren. Zudem darf eine sich in Abwicklung befindende Regierung keinen Kommissionspräsidenten nominieren, dies kann nur mit dem neu gewählten Bundestag erfolgen. Die vorzeitige Nominierung von José Manuel Barroso für eine zweite Amtszeit ist daher abzulehnen.

Die Bilanz der ersten Amtszeit von José Manuel Barroso ist Ausdruck einer schlechten Führung durch den derzeitigen Kommissionspräsidenten. So haben José Manuel Barroso und sein Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy wiederholt Befürchtungen des Europäischen Parlaments über Hedgefonds und Private Equity ignoriert. Jahrelang hat Barrosos Kommission Anträge, Ersparnisse durch eine Überarbeitung des Einlagensicherungssystems besser zu schützen, abgelehnt und ist erst aktiv geworden, als die Krise schon ausgebrochen war. Erst unter dem Druck des Ministerrates hat die Kommission Maßnahmen vorgeschlagen, um die Auswirkungen der Finanzkrise abzuschwächen.

Zudem hat es Barrosos Kommission jahrelang versäumt, verbindliche Ziele für den Ausstoß von CO₂-Emissionen durch PKW vorzuschlagen. Erst als die Autoindustrie selbst einräumte, dass sie nicht einmal die selbstformulierten Ziele einhalten würde, wurde die Kommission aktiv. Dabei ignorierte José Manuel Barroso seinen eigenen Umweltkommissar, der eine Emissionsgrenze von 120 Gramm pro Kilometer bis zum Jahr 2012 vorgeschlagen hatte.

José Manuel Barroso versuchte gegen die Mehrheit der Mitgliedstaaten sowie Verbraucherinnen und Verbraucher die Zulassung von gentechnisch veränderten Getreidearten in der EU zu erzwingen. Mit der unwahren Behauptung, dass eine Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) über GVO-Gesetze der EU, das Recht der EU-Mitgliedstaaten in Frage stellte GVO zu verbieten, überschritt José Manuel Barroso seinen Aufgabenbereich. Denn die WTO-Entscheidung legt lediglich die Kriterien für ein Verbot fest.

Erstmals hat José Manuel Barroso die traditionelle Neutralität der EU-Kommission in der Frage der Nutzung der Atomenergie aufgegeben und aktiv die Förderung des Europäischen Atomenergieforums betrieben.

José Manuel Barroso hat die Forderung nach einer EU-Richtlinie zur Daseinsvorsorge jahrelang blockiert. Dadurch bleiben Dienste wie Ver- und Entsorgung oder Dienstleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich den alleinigen Regeln des freien Marktes ausgeliefert. Gerade Kommunen werden so weiter in ihren Rechten beschnitten, diese Dienste zu finanzieren und zu organisieren, wie sie es für richtig halten.

Auf Druck der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Europäische Parlament im Mai 2008 eine umfassende Liste mit Maßnahmen vorgelegt, um die undurchsichtigen Aktivitäten der Lobbyverbände in Brüssel zu beenden. Die EU-Kommission erarbeitete daraufhin jedoch nur ein freiwilliges Register, in das sich bisher lediglich 20 Prozent der geschätzten 2 600 Lobbygruppen Brüssels eingetragen haben. Dabei ist der von der EU-Kommission erarbeitete Verhaltenskodex für Lobbyisten weitaus nachlässiger als jener, den die Lobbyverbände sich selbst auferlegt haben.

